

# Wilsdruffer Tageblatt

Zernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Poffschellkonto Leipzig 28614

Ersteinmalig mit Aufnahme der Gewerbesteuer und Postgebühren 5 Uhr für den folgenden Tag. Verkaufspreis bei



Interessanteste 1. Teil, für die 6 gepulverte Korpuskula über deren Raum, Notizen, die 2 stellige Korpuskula 2.50 M. ...

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Nr. 164.

Sonnabend den 16. Juli 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

Auf Blatt 89 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Barthold & Co in Wilsdruff betr., ist heute eingetragen worden, daß die bisherige Inhaberin, Frau Frieda Diga

des Handelsgeschäfts samt der Firma. Der neue Inhaber haftet nicht für die im Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten der bisherigen Inhaberin, es gehen auch nicht die im Betriebe begründeten Forderungen auf ihn über.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die deutsch-französischen Verhandlungen in Paris haben zu einem Abkommen über die deutschen Sachleistungen geführt.
- In Berlin sind amerikanische Handelsvertreter zu Orientierungszwecken eingetroffen. Sie wollen auch den Gründen der Salutschwankungen nachforschen.
- Die Berliner Stadtverordnetenwahlen sind für ungültig erklärt worden. Die Neuwahlen sollen im Oktober stattfinden.
- Die deutschen Kohlenlieferungen an die Entente sind für den Monat August abermals auf 2200000 Tonnen festgelegt worden.
- Die südslawische Regierung demeritiert die Meldung, wonach ihre Truppen in Albanien eingerückt seien.
- Das Handelsabkommen zwischen Frankreich und Finnland ist unterzeichnet worden.

### Gold und Papier.

Die Hauptschwierigkeit, die die deutsche Regierung bei allen ihren finanziellen Aufgaben, vor allem im Hinblick auf die Wiedergutmachungsleistungen zu überwinden hat, liegt darin, daß alle Berechnungen, die von unserer Seite noch so sorgfältig aufgestellt werden, binnen kürzester Zeit keine Geltung mehr haben, sobald nämlich der Austausch der deutschen Mark abermals eine Veränderung erfährt.

Diese große Schwierigkeit, die jeder endgültigen Regelung unseres Finanzwesens auf lange Zeit hinaus als unüberwindliches Hindernis im Wege stehen wird, hat auch der Wirtschaftsminister Schmidt in einer Unterredung über die Regelung unserer aus dem Ultimatum herrührenden Verpflichtungen als eine der Hauptursachen angesehen, die uns in dauernder Unsicherheit lassen.

Wenn nun der Wirtschaftsminister daraus weiter folgert, daß wir bei der Sicherung unserer Finanzen nicht ohne eine nochmalige Belastung des Volkseinkommens können, so ist ja schon damals beim Beibringen außer dem Einkommen in erster Linie der Besitz herangezogen wurde, so werden bei derartigen Schritten andere Meinungen nicht schweigen.

dergrund gerückt haben, der im Programm des Reichsanzlers keine Rolle spielte. Die Notwendigkeit, ganz gleich, auf welchem Wege, ein möglichst hohes Maß der von uns geforderten Leistungen zu erzielen, dürfte jedoch von selbst dazu führen, daß unter den verschiedenen vorgeschlagenen Wegen sich die vernünftigsten und ausblickreichsten von allein durchsetzen.

### Ergebnis der Pariser Verhandlungen

Abkommen über Sachleistungen und Handelsverkehr. Die deutsch-französischen Verhandlungen sind erfolgreich verlaufen. Sie bedürfen allerdings noch der Ratifizierung durch beide Regierungen.

Kach ergänzenden Mitteilungen eines Pariser Blattes handelt es sich um zwei Arten von Fragen. Die eine hätte sich auf den Mechanismus der Reparationen, die andere auf den Handelsverkehr zwischen Frankreich und Deutschland bezogen.

erwogen werden, die diese Operation auf die Handeltätigkeit der beiden Länder ausüben. Wenn Frankreich sich darauf beschränkt hätte, die Lieferung deutscher Waren zuzulassen, ohne daß es selbst Waren an Deutschland verkaufe, so wäre die Handelsbilanz Frankreichs sicherlich in Unordnung geraten.

außerordentlich geschädigt werde. Die Kontrolle der Einfuhrerlaubnis, die im Rheinland gegenwärtig in den Händen der Interalliierten Kommission liegt, soll daher künftig gemeinsam mit der deutschen Regierung durchgeführt werden, wodurch das Loch im Westen geschlossen würde.

die nicht von der französischen Regierung, sondern vom Obersten Rat abhängen. Aber die Frage der Holzhäuser habe man nicht gesprochen. Loucheur scheint zu der Überzeugung gelangt zu sein, daß die französische Industrie diese zu besseren Bedingungen liefern könnte als Deutschland.

Falls diese ergänzenden Mitteilungen des Pariser Blattes zutreffen, so scheint es, als ob die Franzosen recht gut verstanden hätten, ihr Schicksal ins Trockene zu bringen. Der Abschluß eines Abkommens ist an sich natürlich zu begrüßen, jedoch wird dieser offensichtlich durch die Bestimmungen über den Handelsverkehr erheblich belastet.

ten Rates noch für die Beibehaltung dieser Zwangsmassnahmen eintritt. Ein Urteil über das Abkommen im einzelnen muß man sich selbstverständlich vorbehalten, bis die deutschen Unterhändler in Berlin selbst einen genauen Bericht erstattet haben.

### Hardings Einladung.

Keine Abjage, aber Abänderungswünsche. Die Einladung Hardings zur Abrüstungskonferenz in Washington ist inzwischen von allen eingeladenen Staaten, auch von Japan, das am längsten zögerte, angenommen worden.

Die Abrüstungskonferenz wird jedoch nicht, wie ursprünglich angenommen, vom Präsidenten Harding, sondern vom Staatssekretär Hughes geleitet werden. Dies bedeutet, daß die Besprechungen wahrscheinlich nicht durch die Ministerpräsidenten, sondern durch die verschiedenen Minister des Auswärtigen geführt werden.

### Und der Völkerverbund?

Der "Rotterdamische Courant" ist der Ansicht, daß die von Harding vorgeschlagene Abrüstungskonferenz tatsächlich dem Völkerverbund den Wind aus den Segeln nimmt. Der Wilsonsche Völkerverbund werde mit diesem Schritt durch den "Berein der Nationen" Hardings abgelöst, was aber an sich kein Unglück sei, so lange das Hauptziel im Vordergrund bleibe.

### Vormarsch der Engländer?

Polnische Menschenjagden in Oberschlesien. Die Zustände in den Landgemeinden des Industriebezirktes Pottens noch immer jeder Beschränkung. Aus Bismarckhütte wandten sich Vertreter der Ortsverwaltung hilfsuchend an den Kreisrat von Beuthen unter der Angabe, daß in Bismarckhütte die Polen Menschenjagden veranstalten.

### Vormarsch der Engländer

auf das Land befürchtet. Aus diesem Grunde wird seitens der polnischen Organisationen versucht, einen Generalstreik zu inszenieren mit der Forderung: Abzug der Engländer. Nach anderen noch unveröffentlichten Meldungen sollen die Engländer in den Kreisen Katowitz und Beuthen bereits mit einer energischen Säuberungsaktion begonnen haben, die sich vornehmlich auf das Land erstreckt.

### Sachverständige für die Grenzführung.

Nachdem die Interalliierte Kontrollkommission bis jetzt noch keinen gemeinsamen Vorschlag über die Festlegung der künftigen Grenze gefunden hat, hat nunmehr die englische Regierung endgültig den Vorschlag angenommen, eine Sachverständigen-Kommission nach Oberschlesien zur Festsetzung der deutsch-polnischen Grenzlinie zu entsenden.

Die Sachverständigen sollen sofort nach Oberschlesien abreisen, und man glaubt, daß es möglich sein werde, bereits für die Konferenz von Fontenay einen Bericht zu liefern, auf den der Oberste Rat angeblich schon so lange vergebens gewartet hat.